

Basellandschaftliche Zeitung, 28.11.2013

«Die Aufgabe der Schule ist

Baustellen Christoph Eymann, Präsident der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz, über Harmos,

VON P. HOFMEIER UND M. ZEHNDER

Seit Ende Oktober ist Christoph Eymann (LDP) nicht mehr nur Erziehungsdirektor in Basel, sondern auch Präsident der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Die bz hat den obersten Schulverantwortlichen der Schweiz zum Gespräch getroffen und ihn nach den Baustellen im Schulwesen in der Region Basel und in der ganzen Schweiz befragt.

Herr Eymann, die Schule muss immer mehr Erziehungsaufgaben wahrnehmen. Besteht die Gefahr, dass der Bildungsauftrag vernachlässigt wird?

Christoph Eymann: Die Gefahr besteht. Lehrerinnen und Lehrer baten mich schon damals, als ich mein Amt antrat, darum, dass ich dafür sorgen soll, dass sie sich wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können. Es gilt das Prinzip: Erziehung durch die Eltern, Bildung durch die Schule. Das haben wir nicht erreicht. Wenn von einer Schullektion zehn Prozent dafür benötigt werden, Ruhe und Ordnung herzustellen, dann ist es so, dass der Bildungsauftrag darunter leidet.

«Wenn zu viel Zeit dafür benötigt wird, Ordnung herzustellen, dann leidet der Bildungsauftrag.»

Inwiefern können Sie Gegensteuer geben?

Wir versuchen sanft, die Eltern stärker in die Pflicht zu nehmen. Im Schulgesetz haben wir die Elternpflichten deshalb neu gefasst. Zum Beispiel ist der Besuch eines Elternabends obligatorisch. Zu den Elternpflichten gehört es auch, dafür zu sorgen, dass die Kinder richtig ernährt sind und ausgeschlafen zur Schule kommen. Wir können renitente Eltern auch büssen. Leider braucht es solche Sanktionen, damit Regeln ernst genommen werden.

Was bereitet Ihnen momentan die grössten Sorgen?



«Wir haben im wörtlichen und übertragenen Sinn in den Basler Schulen riesige Baustellen»: Erziehungsdirektor Christoph Eymann.

FOTOS: NIZ

Wir haben im wörtlichen und übertragenen Sinn riesige Baustellen in den Basler Schulen mit Harmos und dem Bildungsraum Nordwestschweiz. Wir investieren in Basel-Stadt bis im Jahr 2022 über 790 Millionen Franken. Das sind über 70 Projekte mit Umbauten und Neubauten. Bei Bauprojekten besteht immer die Gefahr, dass es zu Komplikationen kommt. Wir mussten wegen

Harmos über 700 Lehrerinnen und Lehrer versetzen, und wir hatten keine einzige Beschwerde. Das stellt ein gutes Zeugnis aus für die Flexibilität der Lehrer, aber auch für die Verwaltung. Die neu zusammengesetzten Teams müssen sich finden. Eine weitere Baustelle ist die integrative Schule.

Während in den Kantonen Basel-

Stadt, Baselland und Solothurn Französisch als erste Fremdsprache unterrichtet wird, setzt der Kanton Aargau auf Englisch. Nicht einmal das konnte harmonisiert werden.

Ja, das ist uns auch peinlich. Die drei Kantone, die an der Sprachgrenze zur Romandie und zu Frankreich stehen, haben sich sehr bemüht, eine Einigung zu erzielen. Der Kanton Aargau hat aber argumentiert, dass

der Kanton sich stark in die Zentralschweiz und nach Zürich orientiere. Der Aargau wollte deshalb bei Englisch bleiben. Ich möchte nicht mit dem Finger auf den Aargau zeigen. Ich verstehe, dass es für die Aargauer nicht nur Basel gibt.

In Basel stehen die Reformen Schlange: schulische Integration, Harmos und der neue Lehrplan.

EDK

Alle Vorsitzenden der 26 kantonalen Bildungsdepartemente nehmen Einsitz in der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Die EDK vertritt die Anliegen der Kantone im Bildungsbereich gegenüber dem Bund. Als Rechtsgrundlage dienen das Schulkonkordat von 1970 und weitere interkantonale Vereinbarungen. In Kraft sind beispielsweise das Sonderpädagogik-Konkordat (siehe Integrative Schulung), das Harmos-Konkordat (siehe Harmos) und das Stipendienkonkordat. Weiter hat die EDK seit 1991 mehrere interkantonale Finanzierungs- und Freizügigkeitsvereinbarungen abgeschlossen, die den gleichberechtigten Zugang zu Fachhochschulen und Universitäten zulassen. **Weiter überprüft die EDK Studiengänge und Diplome in ihrem Zuständigkeitsbereich.** Und sie vertritt die Kantone in internationalen Organisationen wie dem Europarat, der OECD und der EU. Streng genommen bewegt sich die EDK verfassungsrechtlich im Graubereich: Die Schul- und Kulturhoheit ist kantonal organisiert; erst die Sekundarstufe II, die Berufsbildung und die tertiäre Bildung tragen Bund und Kanton gemeinsam. **Im Prinzip sind die Beschlüsse der EDK nicht rechtsverbindlich, sondern eher Empfehlungen.** (HPA)

Harmos

Die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Harmos) soll die obligatorische Schule zwischen den Kantonen und dem Fürstentum Lichtenstein vereinheitlichen. Harmos regelt das Schuleintrittsalter, die Struktur der Schule und definiert gemeinsame Ziele. Obligatorisch sind elf Schuljahre: zwei Jahre Kindergarten respektive Vorschule (Eintritt nach dem 4. Geburtstag), sechs Jahre Primarschule, drei Jahre Sekundarschule. Dazu kommt ein gemeinsamer Lehrplan (vgl. Lehrplan 21), der die Mobilität zwischen den Kantonen erhöhen soll. **Die Harmos-Kantone verpflichten sich auch, die Unterrichtszeit auf Primarstufe möglichst in Blockzeiten zu organisieren.** Über den Beitritt entscheiden die Kantonsparlamente. In einigen Kantonen wurde das Referendum ergriffen. Dem Harmos-Konkordat beigetreten sind seit 2007 bisher 15 Kantone. **Sieben Kantone haben den Beitritt abgelehnt:** Appenzell Ausserrhoden, Graubünden, Luzern, Nidwalden, Thurgau, Uri und Zug. Nicht entschieden, respektive das Verfahren sistiert haben Aargau, Appenzell Inner- rhoden, Schwyz und Obwalden. Die Auswirkungen sind in Basel seit diesem Sommer spürbar: Erstmals besuchen Kinder eine 5. Primarklasse. (HPA)

Lehrplan 21

Der Lehrplan 21 ist ein Projekt der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz, also der 21 Kantone, in denen nur oder teilweise Deutsch gesprochen wird. **Der Lehrplan vereinheitlicht die Bildungsziele in der Volksschule für alle Kantone und den Unterricht aller Stufen – also vom Kindergarten bis zum 9. Schuljahr fest.** Er wird auch die Grundlage, um in der Schweiz einheitlich die Leistungen zu messen. Derzeit läuft die Vernehmlassung bei den Kantonen, bis Ende 2014 soll der Lehrplan überarbeitet werden. Ab dem Schuljahr 2015/2016 soll er im Unterricht zum Einsatz kommen. Kritisiert wird am Lehrplan 21 die Kompetenzorientierung. Positiv formuliert bedeutet das, dass der Lehrplan erst erfüllt ist, wenn die Kinder und Jugendlichen über das nötige Wissen verfügen und es auch anwenden können. Kritisiert wird, dass Kompetenz an sich kein klar definierter Begriff sei. Der Lehrerverband Schweiz bemängelt unter anderem, der Lehrplan 21 sei überladen und die Mindestanforderungen an die Schüler seien zu hoch. Ein weiterer Streitpunkt ist die Anzahl und die Abfolge der Fremdsprachen in der Primarschule. Die Kantone konnten sich nicht darauf einigen, ob zuerst Französisch oder Englisch unterrichtet wird. (HPA)

Basler Schulumbau

Basel hatte bisher ein schweizweit einmaliges Schulsystem. Durch den Harmos-Beitritt wird nicht nur ein grosser organisatorischer, sondern auch ein infrastruktureller Umbau nötig. **Bis 2022 werden im Rahmen von 60 Bauvorhaben 790 Millionen Franken investiert.** Einige Schulhäuser werden von Primarschulen in Sekundarstufen umfunktioniert – und umgekehrt. Die Schulhäuser Volta, Schoren, Erlenmatt und Sandgrube werden neu gebaut. Geld fliesst auch in den Aufbau von Tagesstrukturen und in teils umfangreiche Sanierungen. **Der strukturelle Umbau trifft auch die Lehrpersonen:** Die Primarschule wird von vier auf sechs Jahre verlängert, anstelle der Orientierungsschulen (OS) und Weiterbildungsschulen (WBS) tritt neu die Sekundarstufe, die drei Jahre dauert und in drei Leistungsniveaus aufgeteilt ist. Von den 700 Basler Lehrerinnen und Lehrern verlangt das Flexibilität. In einer sogenannten Wechselplanung werden sie in den Übergangsjahren dort eingesetzt, wo sie gebraucht werden. **Dadurch werden Lehrerkollegien aufgebrochen;** etliche wechseln von der OS auf die Primarstufe. Die Schulraumoffensive wird damit nicht erschöpft sein. Weil in den nächsten Jahren die Schülerzahlen steigen werden, wird Basel weiter investieren müssen. (HPA)

Integrative Schulung

Seit 2011 ist das Schweizer Sonderpädagogik-Konkordat in Kraft, die interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik. Dessen Hintergrund ist, dass mit dem neuen Finanzausgleich im Januar 2008 die Verantwortung für die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf in die Verantwortung der Kantone überging. **Das Konkordat sieht vor, Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf in Regelklassen zu integrieren.** Konkret heisst das: Kinder mit einer Lernschwäche oder einer Behinderung werden in den regulären Unterricht geschickt und erhalten zusätzliche Unterstützung. **Das sonderpädagogische Grundangebot umfasst Logopädie, Psychomotorik, Heilpädagogik, aber auch Beratung und Unterstützung.** In Basel und auch in anderen Kantonen zeigt sich, wie dieses System insbesondere verhaltensauffällige Kinder an die Belastungsgrenze bringt – obwohl es Möglichkeiten gibt, die Schülerinnen und Schüler temporär in ein Time-out ausserhalb des regulären Schulbetriebes zu schicken. Derzeit wird in Basel untersucht, ob und welche Anpassungen nötig sind. Resultate sollten bis nächsten Frühling oder Sommer vorliegen. (HPA)

Basellandschaftliche Zeitung, 28. 11. 2013

die Bildung des Menschen»

den Lehrplan 21 und andere Herausforderungen für die Schule in beiden Basel

Wird die Schule überreformiert?

Überreformiert nicht. Aber ich bin mir bewusst, dass die Lehrer enormen Ansprüchen ausgesetzt sind. Die Lehrerinnen und Lehrer brauchen deshalb mehr Wertschätzung für die schwierige Arbeit, die sie machen. Der Erfolg der Schule steht und fällt mit der Lehrerin oder dem Lehrer.

Dennoch: Harnos steht in der Kritik.

Da haben wir ein grosses Spannungsfeld: Auf der einen Seite fand Harnos im Volk 82 Prozent Zustimmung. Die Botschaft war: Hört auf mit dem Kantönliche. Andererseits ist Bildung Sache der Kantone. Nehmen Sie den Lehrplan 21. Es war eine enorme Leistung, in kurzer Zeit die 21 Deutschschweizer Kantone an einen Tisch zu kriegen, wie es der Volksentscheid verlangt. Allerdings wird der Lehrplan 21 schon in den Ansätzen zerfleddert. Das ist der Föderalismus, den wir halt auch annehmen müssen. Wir müssen deutlich machen, dass der Lehrplan 21 der Wille des Volkes ist, den wir umsetzen müssen.

Trotzdem: Verträgt es die ständigen Veränderungen in der Schule?

Wir müssen die Schulen ständig den gesellschaftlichen Anforderungen anpassen. Verstehen Sie mich recht: Die Schule darf nicht einfach willfährig sein der Wirtschaft gegenüber. Die Schule soll die Menschen zu mündigen Bürgern bilden. Die Arbeitswelt ist ein Teil davon, aber nicht das Ganze. Wenn wir die Arbeitswelt als ein Beispiel herausgreifen, dann müssen die jungen Menschen konkurrenzfähig sein mit Menschen, die aus anderen Ländern kommen. Die fortschreitende Individualisierung bedingt andere Lernformen.

«Wir haben in Basel die heterogenste Schule Europas, trotzdem findet Unterricht täglich statt.»

Lehrer kritisieren, Harnos sei gescheitert. Der Lehrplan 21 sei überfrachtet und für Laien nicht verständlich.

Nein, Harnos ist nicht gescheitert. Die Diskussionen sind fruchtbar. Ich bin froh, kommt es zu klaren Stellungnahmen. Wir haben die Zeit, die Kritik zu diskutieren. Die Kantone können zudem entscheiden, was sie übernehmen wollen. Ich sehe aber schon, dass auch hier die Einheitlichkeit auf dem Spiel steht. Was mich am Lehrplan 21 fasziniert: dass man einmal etwas grösser denkt, dass man wekommt von den kantonsinternen Problemen. Nehmen Sie die Lehrmittel: Bis jetzt haben nur die Kosten eine Zusammenarbeit verlangt. Jetzt gibt es auch inhaltlich den Anspruch, zusammenzuarbeiten.

Viele Lehrer sind verunsichert. Aber viele Studien sagen, dass guter Unterricht massgeblich von der Lehrperson abhängt. Wie unterstützen Sie ihre Leute?

Indem ich ihnen den Rücken stärke. Schauen Sie: Wir haben in Basel die heterogenste Volksschule Europas. Bei uns findet jeden Tag geordneter Unterricht statt. In anderen Städten Europas ist das nicht selbstverständlich. Das hat mit der Hartnäckigkeit und dem Durchsetzungsvermögen unserer Lehrer zu tun. Ich höre viele Leute, die von ihrem Arzt oder ihrem Zahnarzt schwärmen. Ich möchte mehr Leute, die so von den Lehrerinnen und Lehrern ihrer Kinder schwärmen. Ich möchte, dass sich die Bevölkerung bewusst wird, was sie an ihren Lehrern hat.

Die Lehrer klagen auch über die zunehmende Bürokratie. Wie wollen Sie da Gegensteuer geben, damit



der Unterricht wieder ins Zentrum rücken kann?

Da bin ich für Basel sehr offen dafür. Wenn ich von unnötiger Bürokratie höre, dann prüfe ich gerne die Abschaffung. Es ist ja nie böser Wille. Es gibt immer Gründe dafür, weshalb etwas kompliziert ist.

Die Uni steht unter Druck: Der Rückhalt im Landkanton schwindet, gleichzeitig benötigt sie mehr Mittel, um internationale Exzellenz zu erreichen. Wie stehen Sie zur Uni Basel?

Zum Glück spiegelt sich die geschilderte Ausgangslage nicht in den Beschlüssen der Landratskommission. Die Beschlüsse zeigen mir, dass die

Einsicht da ist, dass die Uni Basel auch die Uni des Kantons Basel-Landschaft ist, und dass ein Einfrieren der Mittel ein Rückschritt wäre. Natürlich könnte die Uni auch noch mehr Geld brauchen. Dazu muss sie sich aber zeigen, im Baselbiet vielleicht etwas mehr als in der Stadt, wo sie stärker präsent ist. Die Uni ist auch ein Motor für die wirtschaftliche Entwicklung. Der Verweis auf die Wirtschaft darf aber nicht dazu führen, dass man die Uni auf die nützlichen Bereiche reduzieren will. Für die Wirtschaft mag die Pharma oder die Biomedizin nützlich sein, für die Gesellschaft als Ganzes sind es auch die Theologie oder die übrigen Geisteswissenschaften. Wir dürfen uns nicht

allein auf die Life Sciences konzentrieren. Der Nutzen für Basel ist ein interdisziplinärer, das dürfen wir nicht über Bord werfen.

Wie sieht es mit einer Ausweitung der Trägerschaft der Uni Basel auf die Kantone Aargau und Solothurn aus?

Im Aargau sind wir sehr dankbar für die Zusammenarbeit im Nanobereich. Der Aargau hat einen geschickten Vertrag gemacht mit der Uni im Hinblick auf seine Hightech-Initiative. Mit Solothurn sind wir noch nicht so weit, da sind wir am Prüfen, ob die medizinische Fakultät der Uni mit der Medizinaltechnik, die am Jurasüdfuss stark vertreten ist, eine Zusammenarbeit eingehen könnte. Die Zusammenarbeit kann auch die Spitäler umfassen. Ziel ist es, mit den Kantonen und der Uni jeweils Win-Win-Situationen zu finden. Die Regierungen von Aargau und Solothurn beteiligen sich nicht einfach so an der Uni Basel. Wir müssen den Kantonen jeweils auch ihren möglichen Benefit aufzeigen.

Können Sie die Finanzierung der Universitäten als EDK-Präsident beeinflussen?

Die Hochschulkonferenz (SUK) wird 2015 in die EDK integriert. Ich habe doch eine gewisse Erfahrung, weil ich zwei Jahre die SUK präsidiert habe. Wenn man sieht, was im Ausland in der Hochschulförderung passiert, dann riskieren wir, in den nächsten 10, 15 Jahren die Spitzenstellung zu verlieren. Deutschland gibt Gegensteuer gegen den Verlust von Spitzenkräften. Singapur und Shanghai gelingt es, langfristige Zusammenarbeitsverträge mit der forschenden Industrie auch aus Basel abzuschliessen. Das muss uns alert machen. Da ist der Bund gefordert. Wir beissen da aber im Moment auf Granit. Wenn man sich der Bedeutung der Bildung für das Land bewusst ist, dann darf man bei der Finanzierung nicht bremsen. Diese Botschaft ist mir wichtig.

Bremst denn der Bund?

Der Bund will seine Beiträge nicht massiv erhöhen, gleichzeitig sparen einige Kantone Beiträge ein. Das kann es nicht sein. Wir brauchen deshalb ein neues Finanzierungsmodell. Man könnte die Bundesmittel zum Beispiel an die Kantonsbeiträge binden. Eines ist klar: Wir brauchen eine Bildungs-offensive in diesem Land. Das gilt nicht nur für die Unis, das gilt auch für die Volksschule. Die international gewordene Konkurrenz-situation im Bildungssegment benötigt eine umfassende Bildungs-Zukunftsplanung. Die komfortablen Verhältnisse in Uni, Volksschule und Berufsbildung sind nicht in Stein gemeisselt. Wir können heutige Vorteile auch verlieren.

Wo muss die Schweiz konkret aktiv werden?

Wir haben die Forderung aus Gewerbetreibern auf dem Tisch, dass der Staat die Ausbildung zum Meister mitfinanziert. Das ist eine interessante Idee, aber es darf nicht auf Kosten der Hochschulen gehen. Die Schweiz muss zudem die «Mintberufe» stärken. Bloss quantitativ die «Mintfächer» zu erhöhen, nützt aber nichts. Ich wäre in Mathe auch mit zehn Stunden Unterricht mehr pro Woche eine Pfeife geblieben. Vielleicht muss man eher bei der Neugier ansetzen, die Kinder ins Labor holen, mit Baukästen und praktischer Arbeit abholen. Wir benötigen also früh einen spielerischen Zugang zu den «Mintberufen». Auch Frühförderung muss ein Thema sein.

Zum Bildungsraum Nordwestschweiz gehört auch die Fachhochschule Nordwestschweiz, die wegen der Lehrerbildung derzeit in der Kritik steht.

Die Pädagogische Hochschule (PH) wird zu Unrecht angegriffen. Wenn man etwas kritisieren will, sollte man beim politischen Auftrag ansetzen. Ich finde es schade, dass man bei der jüngsten Kritik nicht den üblichen Weg geht und die Kritik bei den zuständigen Stellen anbringt, sondern sofort nach aussen trägt. Es wurde vor allem Empörung generiert. Ich bin offen für Kritik, aber bitte über den Dienstweg und nicht über die Medien. Man darf über alles reden, aber es ist wichtig, dass das entspannt passiert. In einem so aufgeladenen Klima redet es sich schlecht.

Der wichtigste Kritikpunkt betrifft die mangelnde Praxisorientierung der PH.

Das muss man relativieren. Es gibt da auch eine gewisse Nostalgie von Betroffenen, die sich nach den alten Lehrerseminaren zurücksehnen.

Soll die PH wissenschaftlicher werden und auch Dokortitel vergeben?

Fachhochschulen sollen keine Promotionen anbieten. Sie sollen mit den Universitäten zusammenarbeiten und die nötige Durchlässigkeit anbieten, damit FH-Abgänger an einer Uni promovieren können.

In Basel laufen die Lehrer der musischen Fächer Sturm gegen die Stundentafel. Sind Sie da diskussionsbereit?

Zuerst einmal: Es war für mich ein schöner und wichtiger Moment, dass wir in Stadt und Land endlich die gleichen Schulen hingekriegt haben. Da ist natürlich eine gemeinsame Stundentafel ein zentrales Element. Gleichzeitig haben wir gerade aus Baselland die vehement vertretene Forderung, die Mintfächer zu stärken.

«Es geht der Schule nicht bloss um Anstellbarkeit der Menschen in der Wirtschaft.»

Auf dem Tisch liegt ein Kompromiss, der allen gerecht wird. Wenn wir da die Türe wieder aufmachen, dann scheitert das Ganze. Ich bin deshalb rigide und bleibe dabei: Es ist ein vernünftiger Kompromiss. Wenn ein Fach mehr Stunden erhält, muss anderswo gekürzt werden. Die jungen Menschen müssen neben der Schule auch noch Platz haben für einen Verein, für Musik, oder auch mal für Musse. Die gleiche Schule in Basel-Stadt und Baselland zu haben, ist mir wichtiger als die Betroffenheit der musischen Lehrer. Die tun etwas gar wehleidig.

Zum Schluss hätten wir gerne einen Ausblick: Wie wird die Volksschule im Jahr 2020 aussehen?

2020 werden die Reformen, an denen wir jetzt arbeiten, umgesetzt sein. Ich bin überzeugt, dass es das Schulmodell sein wird, das der Gesellschaft und ihren dannzumaligen Bedürfnissen Rechnung trägt.

Steht dann schon die nächste Reform an?

Das kann man nicht ausschliessen. Die Halbwertszeit nimmt ab. Wir brauchen feine Sensoren, um festzustellen, was die jungen Leute brauchen. Impulse, von wo auch immer, muss man wahrnehmen und gegebenenfalls aufnehmen. Die Flexibilität, die heute alle beweisen müssen, die muss auch die Schule aufweisen. Das beginnt schon in der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

Welche Rolle hat die Schule 2020?

Die Aufgabe der Schule ist die Bildung des Menschen. Es geht dabei nicht einfach um die Anstellbarkeit der Menschen in der Wirtschaft, sondern um den mündigen Menschen.